

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage .....	V
Vorwort zur 1. Auflage .....	VI
Abkürzungsverzeichnis .....	XV
Literaturverzeichnis .....	XIX
<b>1. Kapitel. Grundlagen des Staates und des Staatshandelns .....</b>	<b>1</b>
§ 1 Der Staat und sein Recht: Grundlagen und Grundbegriffe .....	1
A. Das Staatsrecht im Kontext des Öffentlichen Rechts: Vorbemerkungen .....	1
B. Der Staat .....	2
I. Begriff .....	2
II. Die drei Elemente der Staaten .....	2
1. Das Staatsvolk .....	2
a) Staatsangehörigkeit .....	2
b) Vermittelte Rechtspositionen .....	3
2. Das Staatsgebiet .....	4
3. Die Staatsgewalt (Organe des Staates) .....	6
III. Deutschland als Bundesstaat .....	7
1. Die staatlichen Ebenen .....	7
2. Kompetenzverteilung und Kompetenzkonflikte .....	8
C. Das Recht des Staates; insbesondere das Verfassungsrecht .....	9
I. Staatsorganisation als Materie des Öffentlichen Rechts .....	9
II. Verfassungsrecht und seine Besonderheiten .....	10
1. Das materielle Verständnis des Verfassungsrechts .....	10
2. Vorrang und Bestandsgewährleistungen .....	11
a) Vorrang: Normenpyramiden .....	11
b) Bestandsgewährleistungen für die Verfassung .....	11
D. Das Grundgesetz als gesamtstaatliche Verfassung Deutschlands ....	12
I. Abriss der deutschen Verfassungsgeschichte .....	12
II. Das Grundgesetz und seine Entwicklung .....	14
III. Die Struktur des Grundgesetzes .....	15
IV. Prozedere der Grundgesetzänderung .....	16
1. Ausdrückliche Änderungen (Art. 79 I 1, II GG) .....	16
a) Formelle Anforderungen .....	16
b) Materielle Anforderungen .....	16
2. Änderungen der Normaussage ohne Änderung des Verfassungswortlauts .....	17
E. Die Verfassungsinterpretation .....	18
I. Auslegungsmethoden .....	18
II. Exkurs: Verfassungskonforme Auslegung .....	19

§ 2	Demokratie	22
	A. Das Demokratieprinzip und seine wichtigsten Ausprägungen	22
	B. Insbesondere: Volkslegitimation durch Wahlen und Abstimmungen	24
	I. Die Wahlrechtsgrundsätze	24
	1. Allgemeine Wahl	24
	2. Unmittelbare Wahl	25
	3. Freie Wahl	25
	4. Geheime Wahl	25
	5. Gleiche Wahl	26
	6. Öffentliche Wahl	27
	II. Das Wahlverfahren bei Bundestagswahlen	27
	1. »Personalisierte« Verhältniswahl	27
	2. Das Verfahren der Sitzverteilung im Einzelnen	28
	a) Erster Schritt: Bestimmung des »Sitzanspruchs« einer Partei nach Maßgabe des Zweitstimmenergebnisses (§ 6 I, II, III BWG)	28
	b) Zweiter Schritt: Abzug der errungenen Direktmandate von dem im ersten Schritt bestimmten »Sitzanspruch«, getrennt für jedes Land (§ 6 IV BWG)	30
	c) Dritter Schritt: Ausgleich der Überhangmandate und Wiederholung der ersten beiden Schritte (§ 6 V, VI 1, 2 BWG)	30
	d) Vierter Schritt: Zuteilung der Listenmandate (§ 6 VI 3, 4 BWG)	31
	III. Wahlprüfung	32
	IV. Abstimmungen	33
	C. Politische Parteien	35
	I. Begriff	35
	II. Verfassungs- und einfachgesetzliche Folgen der Qualifizierung als Partei	35
	III. Parteienprivileg und Parteienverbot	36
	1. Bedeutung und Voraussetzungen	36
	2. Exkurs: Die freiheitliche demokratische Grundordnung	38
	IV. Die Chancengleichheit der Parteien	39
	V. Staatliche Parteienfinanzierung	40
§ 3	Sozialer Rechtsstaat mit Gewaltenteilung	46
	A. Der Rechtsstaat nach dem Grundgesetz	46
	I. Verfassungsrechtlicher Kontext	46
	II. Einzelne Ausprägungen des Rechtsstaatsprinzips im Grundgesetz	47
	1. Grundrechte	47
	2. Bindung der staatlichen Organe an das Recht (Art. 20 III GG)	47
	3. Vorbehalt des Gesetzes	48
	4. Subjektiv-rechtliche justizielle Gewährleistungen	49
	5. Maßstäbe für die Rechtssetzung	50
	a) Verbot rückwirkender Gesetze	50
	b) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	52

6. Sonstige Emanationen des Rechtsstaatsprinzips (Beispiele) . . . .	54
B. Die Gewaltenteilung . . . . .	55
I. Grundlagen . . . . .	55
II. Die Gewaltenteilung im Grundgesetz . . . . .	55
C. Sozialstaat . . . . .	57
I. Rechtliche Bedeutung . . . . .	57
II. Inhalt und Ausformungen . . . . .	57
1. Inhalt . . . . .	57
2. Ausprägungen im Grundgesetz . . . . .	58
3. »Soziale Grundrechte« . . . . .	58
4. Volkswirtschaftliche Staatsziele . . . . .	59
§ 4 Bundesstaat . . . . .	63
A. Das Grundprinzip des Föderalismus . . . . .	63
I. Grundlagen . . . . .	63
II. Historische Entwicklung . . . . .	64
B. Die Verwirklichung des föderalen Gedankens im Grundgesetz . . . .	64
I. Festschreibung des Bundesstaatsprinzips . . . . .	64
II. Das Verhältnis zwischen Bundes- und Landesrecht . . . . .	65
1. Verteilung der Zuständigkeiten . . . . .	65
2. Rangordnung der Rechtsvorschriften . . . . .	66
a) Homogenitätsgebot (Art. 28 I GG) . . . . .	66
b) Vorrang des Bundesgesetzes bei konkurrierender Ge- setzung . . . . .	67
c) »Bundesrecht bricht Landesrecht« (Art. 31 GG) . . . . .	68
3. Das Prinzip der Bundestreue . . . . .	69
4. Aufsichts- und Zwangsmittel . . . . .	70
<b>2. Kapitel. Die Verfassungsorgane und ihre Zuständigkeiten . . . . .</b>	<b>73</b>
§ 5 Die Legislativorgane des Bundes . . . . .	73
A. Der Deutsche Bundestag (Art. 38 ff. GG) . . . . .	73
I. Funktionen und Rechte des Bundestags . . . . .	73
II. Mehrheitsregeln für Bundestagsbeschlüsse . . . . .	74
III. Funktionen des Bundestages . . . . .	76
1. Gesetzgebung . . . . .	76
2. Kurationsrechte . . . . .	77
3. Kontrolle durch Untersuchungsausschüsse . . . . .	77
a) Formelle Voraussetzungen der Einsetzung . . . . .	77
b) Materielle Voraussetzungen der Einsetzung . . . . .	78
c) Die Rechte des Plenums und der Minderheiten . . . . .	78
4. Weitere Kontrollrechte . . . . .	79
IV. Die Untergliederungen bzw. Teile des Bundestages . . . . .	80
1. Die Abgeordneten . . . . .	80
a) Das freie Mandat . . . . .	80
b) Einzelne Ausprägungen des freien Mandats . . . . .	81
c) Sonstige verfassungsrechtliche Gewährleistungen . . . . .	81
2. Die Fraktionen . . . . .	83
3. Gruppen . . . . .	84
4. Exkurs: Fraktionslose Abgeordnete . . . . .	85

5. Der Präsident des Deutschen Bundestages .....	85
6. Die Ausschüsse .....	86
V. Auflösung des Bundestages .....	86
B. Der Bundesrat .....	89
I. Wesen und Funktion .....	89
II. Strukturen und Abstimmungsregeln im Bundesrat .....	91
1. Strukturen .....	91
2. Stimmabgabe im Bundesrat .....	91
§ 6 Die Gesetzgebung des Bundes .....	98
A. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern .....	98
I. Das System der Kompetenzzuweisungen .....	99
II. Typologie und Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen .....	99
1. Ausschließliche Bundesgesetzgebung (Art. 71 GG) .....	100
a) Ausdrückliche Kompetenzzuweisungen .....	100
b) Ungeschriebene (ausschließliche) Bundesgesetzgebungskompetenzen .....	100
2. Konkurrierende Gesetzgebung (des Bundes) .....	101
a) Bedeutung und Kategorien .....	101
b) Konkurrierende Gesetzgebung mit Abweichungsrecht der Länder (Art. 72 III GG) .....	102
c) Konkurrierende Gesetzgebung mit Erforderlichkeitsnachweis des Bundes (Art. 72 II GG) .....	103
d) Übergangsvorschriften .....	105
e) Wichtige Sachbereiche .....	105
3. Grundsatz- und Maßstäbegesetzgebung .....	108
4. Gesetzgebungszuständigkeit der Länder .....	109
B. Das Gesetzgebungsverfahren im Bund .....	109
I. Das Zustandekommen des Gesetzes: Bundestag und Bundesrat .....	109
1. Das Einbringen der Gesetzesvorlage (Gesetzesinitiative) .....	110
a) Vorlagen aus dem Bundestag .....	110
b) Vorlagen der Bundesregierung und des Bundesrates .....	110
2. Behandlung der Vorlage durch den Bundestag .....	111
3. Das weitere Verfahren im Wechselspiel von Bundestag und Bundesrat .....	112
a) Zustimmung- und Einspruchsgesetze .....	112
b) Vermittlungsverfahren und Vermittlungsausschuss .....	115
c) Die Zurückweisung von Einsprüchen .....	116
II. Zustimmungsbedürftigkeit von Gesetzen .....	116
1. Allgemeines .....	116
2. Die Zustimmungsbedürftigkeit in den Fällen des Art. 84 I 5, 6 und des Art. 85 I GG .....	117
a) Begriffe .....	117
b) Das Wechselspiel zwischen Landeshoheit und Bundesgesetzgebung .....	118
c) Reichweite der Bundeskompetenz und der Zustimmungsbedürftigkeit bei Art. 85 I Hs. 2 GG .....	120

d) Zustimmungsbefähigung komplexer gesetzlicher Regelungen .....	121
III. Das Wirksamwerden des Gesetzes: Ausfertigung, Verkündung, Inkrafttreten .....	123
1. Ausfertigung (Art. 82 I GG) .....	123
2. Exkurs: Die Prüfungsbefugnis des Bundespräsidenten bei der Ausfertigung von Gesetzen .....	123
3. Verkündung im Bundesgesetzblatt (Art. 82 I GG) .....	125
4. Inkrafttreten (Art. 82 II GG) .....	126
C. Rechtsverordnungen .....	126
I. Vorbemerkungen .....	126
II. Verfassungsmäßigkeit der Verordnungsermächtigung .....	127
III. Verfassungsmäßigkeit der Rechtsverordnung .....	127
1. Formelle Anforderungen, die von der Rechtsverordnung selbst zu erfüllen sind: .....	127
2. Materielle Anforderungen an die Rechtsverordnung .....	129
3. Änderung von Rechtsverordnungen .....	129
§ 7 Die Bundesregierung .....	133
A. Die Bundesregierung und ihre Aufgaben .....	133
B. Kreation der Bundesregierung .....	133
I. Wahl des Bundeskanzlers .....	134
II. Ernennung der Bundesminister .....	135
III. Staatssekretäre .....	137
IV. Parlamentarische Staatssekretäre .....	137
C. Die Funktionsverteilung innerhalb der Bundesregierung .....	137
D. Ende der Bundesregierung .....	138
§ 8 Der Bundespräsident .....	141
A. Funktion und Aufgaben .....	141
B. Wahl des Bundespräsidenten .....	143
C. Grundsätzliches zur Gegenzeichnung (Art. 58 GG) .....	145
§ 9 Die Ausführung von Bundesgesetzen und die Bundesverwaltung .....	149
A. Die Ausführung von Bundesgesetzen .....	149
I. Grundlagen der Kompetenzverteilung .....	149
II. Ausführung von Bundesgesetzen durch die Länder .....	150
1. Landeseigenverwaltung und Bundesauftragsverwaltung .....	150
2. Ingerenzrechte des Bundes .....	150
a) Überblick über die Befugnisse des Bundes .....	150
b) Rechtswidrige Weisungen aus verfassungsrechtlicher Sicht .....	152
III. Ausführung von Bundesgesetzen durch den Bund .....	153
B. Die Organisation der Bundesverwaltung .....	155
I. Organisationsvarianten (Art. 86 GG) .....	155
1. Typisierung nach dem Modus der Zuordnung zum Bund .....	155
2. Typisierung nach der rechtlichen Grundlage (Organisationsform) .....	155
II. Die Ausübung der Organisationsgewalt .....	157
C. Exkurs: Das Recht des öffentlichen Dienstes (Art. 33 GG) .....	158
I. Beamtenrechtlicher Funktionsvorbehalt (Art. 33 IV GG) .....	158

II. Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums (Art. 33 V GG) .....	159
§ 10 Grundzüge der Finanzbeziehungen im Bundesstaat (»Finanzverfassungsrecht«) .....	163
A. Grundlagen .....	163
B. Staatsausgaben .....	164
I. Verteilung der Ausgabenlasten: Grundsatz .....	164
II. Verteilung der Ausgabenlasten: Die Ausnahmen .....	164
III. Haftungskonstellationen .....	165
C. Staatseinnahmen .....	166
I. Abgabenarten .....	166
1. Steuer .....	166
2. Wichtige nichtsteuerliche Abgaben .....	167
a) Gebühren .....	167
b) Beiträge .....	168
c) Sonderabgaben .....	168
II. Steuergesetzgebungskompetenzen .....	169
1. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 105 I GG) .....	169
2. Konkurrierende Gesetzgebung (Art. 105 II GG) .....	169
3. Ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis der Länder (Art. 105 IIa GG) .....	169
D. Verteilung der Einnahmen .....	170
I. Die Steuerertragshoheit im Bundesstaat .....	170
II. Steuerertragsaufteilung und Finanzausgleich .....	170
E. Haushaltswirtschaft .....	172
§ 11 Rechtsprechung, Gerichtsorganisation und Verfassungsgerichtsbarkeit .....	173
A. Die Gerichtsorganisation .....	173
B. Die Rechtsstellung der Richter .....	175
I. Unabhängigkeit .....	175
II. Bestimmung der Richter .....	175
C. Zentrale Zuständigkeiten des BVerfG mit staatsorganisations- rechtlichem Bezug .....	176
I. Organstreit (Art. 93 I Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 63 ff. BVerfGG) ..	176
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	176
a) Antragsberechtigung (Beteiligtenfähigkeit; Parteifähigkeit), § 63 BVerfGG .....	176
b) Antragsgegner, § 63 BVerfGG .....	177
c) Streitgegenstand (Antragsgegenstand), § 64 I BVerfGG ...	178
d) Antragsbefugnis, § 64 I BVerfGG .....	178
e) Form: §§ 64 II, 23 I BVerfGG .....	179
f) Frist: 6 Monate, § 64 III BVerfGG .....	179
2. Beachte zur Begründetheit: .....	180
II. Abstrakte Normenkontrolle (Art. 93 I Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76 ff. BVerfGG) .....	180
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	181
a) Antragsberechtigung (Art. 93 I Nr. 2 GG, § 76 I BVerfGG) .....	181

b) Antragsgegenstand (Antragsinhalt, Prüfungsgegenstand), § 76 I BVerfGG .....	182
c) Statthaftigkeit des Antrags (Antragsgrund) bzw. objektives Klarstellungsinteresse, § 76 I BVerfGG .....	183
2. Beachte zur Begründetheit .....	184
III. Bund-Länder-Streit (Art. 93 I Nr. 3 GG, §§ 13 Nr. 7, 68 ff. BVerfGG) .....	185
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	185
a) Antragsberechtigung (Antragsteller), § 68 BVerfGG .....	185
b) Antragsgegner, § 68 BVerfGG .....	185
c) Antragsgegenstand und -inhalt (Streitgegenstand) .....	185
d) Antragsbefugnis .....	185
e) Form, §§ 69 iVm 64 II, 23 I, II BVerfGG .....	186
f) Frist, §§ 69 iVm 64 III BVerfGG .....	186
2. Beachte zur Begründetheit .....	186
IV. Konkrete Normenkontrolle (Art. 100 I und II GG, §§ 13 Nr. 11, 80 ff. BVerfGG) .....	186
1. Konstellationen .....	187
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	187
a) Vorlageberechtigung: Gericht .....	187
b) Vorlagegegenstand .....	187
c) Entscheidungserheblichkeit der Gültigkeit der vorgelegten Norm (Art. 100 I GG, § 80 II BVerfGG) .....	188
d) Vorlage- und Aussetzungsbeschluss (§ 80 II 1 BVerfGG) .....	189
3. Begründetheit .....	190
<b>3. Kapitel. Das Grundgesetz im Mehrebenensystem .....</b>	<b>193</b>
§ 12 Grundgesetz, Völkerrecht und Unionsrecht .....	193
A. Grundgesetz und Völkerrecht .....	193
I. Grundlagen .....	193
1. Das »völkerrechtsfreundliche« Grundgesetz .....	193
2. Zum Verhältnis zwischen Völkerrecht und innerstaatlichem Recht .....	194
3. Insbesondere völkerrechtliche Verträge .....	195
II. Abschluss völkerrechtlicher Verträge .....	195
1. Verbandskompetenz .....	195
a) Grundsatz: Bundesangelegenheit .....	195
b) Ausnahme zugunsten der Länder .....	195
2. Organkompetenz .....	196
III. Umsetzung völkerrechtlicher Verträge .....	197
1. Zustimmungsbefürftige Vertragstypen .....	197
2. Nicht zustimmungsbefürftige Verträge .....	199
3. Modus der Zustimmung .....	200
B. Grundgesetz und Unionsrecht .....	200
I. Grundgesetzliche Vorgaben für die Änderung der europäischen Gründungsverträge .....	201
1. Der unionsrechtliche Regelungsrahmen .....	201

2. Die Anforderungen des Verfassungsrechts .....	202
a) Gesetze zu Änderungsverträgen zur Übertragung von Hoheitsrechten .....	202
b) Sonstige, die »Integrationsverantwortung« aktivierende Rechtsakte .....	203
II. Vorgaben des Grundgesetzes für das innerstaatliche Verfahren beim Erlass von EU-Rechtsakten .....	204
Fall 1 Von Krise zu Krise .....	209
Fall 2 Vox populi .....	218
Fall 3 Ein Herz für Anwälte .....	230
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>243</b>